

infobrief Juni '09 Kerstin Müller



Mitglied des Deutschen
Bundestages
Außenpolitische Sprecherin
B90/Die Grünen

Liebe Freundinnen und Freunde,

Am Sonntag, dem 7. Juni 2009, haben fast 70.000 Kölnerinnen und Kölner ihre Stimme für Bündnis 90/DIE GRÜNEN gegeben. Wir konnten mit 23,2 Prozent somit das zweitbeste Ergebnis aller Parteien in Köln erringen. In den Stadtbezirken wie in Ehrenfeld, Nippes und der Innenstadt sind wir sogar die stärkste Kraft geworden. Der engagierte Wahlkampf mit vielen Veranstaltungen und Aktionen hat dieses Ergebnis möglich gemacht.

Unsere 14 grünen Abgeordneten im EP können auf europabegeisterte Grüne zählen, die auch in der nächsten Legislatur weiter für europäische Themen streiten werden. Für den Kommunalwahlkampf und Bundestagswahlkampf bedeuten die Ergebnisse auf Landes- und auf Bundesebenen ein Schub, der nicht so schnell nachlassen wird und deshalb freue ich mich darauf, in den nächsten Wochen in ganz NRW unsere Themen mit Euch voranzubringen. Über Terminanfragen freue ich mich schon jetzt!

Leider kann ich heute nicht beim Landesparteirat dabei sein, da es in der letzten Sitzungswoche der Legislaturperiode noch einmal hoch hergehen wird in der internationalen Politik. Wenn ihr euch für die aktuelle Situation im Iran informieren wollt, könnt ihr das auf meiner Homepage tun, wo ihr Aktuelles zu meiner Iranveranstaltung vom 16. Juni findet. Mit renomierten ExpertInnen habe ich am über die Auswirkungen der Wahlen auf innenpolitische, menschenrechtliche und wirtschaftliche Fragen im Iran diskutiert. Auch die aktuelle Stunde der letzten Sitzungswoche beschäftigte sich auf Initiative der Grünen Fraktion mit diesem Thema.

Alles auf www.kerstin-mueller-mdb.de

Ich wünsche Euch gute Beratung in Dortmund!!

Herzliche Grüße

Eure Kerstin Müller

Für weitere Informationen
www.kerstin-mueller-mdb.de
www.gruene-bundestag.de
www.gruenekoeln.de

Wahlkreisbüro
Ebertplatz 23
50668 Köln
☎ 0221 - 72 20 369
☎ 0221 - 97 25 710
✉ Kerstin.Mueller@wk.bundestag.de
Mitarbeiterin: Judith Hasselmann

1) Iran

Am 12. Juni fanden im Iran Präsidentschaftswahlen statt. 4 Kandidaten stellten sich zur Wahl. Unter ihnen der amtierende Präsident Ahmadinedschad und der Reformler Mussawi. Im Wahlkampf feierten vor allem viele junge Iranerinnen und Iraner ausgelassen ihren neuen Hoffnungsträger Mussawi, der für das Ende eines repressiven Irans steht. Umfragen sagten ein Kopf an Kopf Rennen voraus. Doch die Hoffnung wurde bitter enttäuscht. Ahmadinedschad erhielt bereits im ersten Wahlgang rund 65% der Stimmen. Mussawi und seine Anhänger sprechen von klarem Wahlbetrug und fordern eine Annullierung des Wahlgangs.

Ahmadinedschad hat für seine politischen Herausforderer nur Spott übrig.

Die Lage droht zu eskalieren, weil das Lager Mussawi seinem Ärger auf der Straße Luft macht.

Die Staatsmacht knüppelt die Demonstrantinnen und Demonstranten brutal nieder.

Iran darf die Menschenrechte nicht weiter mit Füßen treten. Eine unabhängige Untersuchung ist jetzt dringend erforderlich. Bestätigen sich weitreichende Wahlmanipulationen zugunsten Ahmadinedschads, wäre dies eine neue Qualität in der ohnehin unrühmlichen Wahlgeschichte des Iran, die schon immer von Manipulationen begleitet war. Dem Präsidenten würde jegliche Legitimation fehlen. Die internationale Gemeinschaft müsste dann ihre gesamte Iran-Politik auf den Prüfstand stellen.

Dennoch verbinden sich zumindest Hoffnungen mit dem Politikwechsel der USA in der Iran-Politik, den US-Präsident Obama schon im Wahlkampf angekündigt und zuletzt in seiner fulminanten *Kairoer Grundsatzrede* vom 4. Juni 2009 bekräftigt hat. Direkte Gespräche können neue Horizonte öffnen, um die verhärteten Fronten im Streit um das iranische Atomprogramm aufzulösen.

Ich habe zu einem Fachgespräch am 16. Juni in den Bundestag eingeladen, um die neuesten Entwicklungen im Iran nach der Wahl zu diskutieren.

2) Wie weiter in Nahost ?

Die Rahmenbedingungen für eine Verhandlungslösung in Nahost haben sich durch den jüngsten Krieg in Gaza weiter erschwert. Auf beiden Seiten hat eine Radikalisierung stattgefunden, durch die weder die israelische noch die palästinensische Seite handlungsfähig bzw. handlungswillig erscheinen.

Auf meiner Reise in die palästinensischen Gebiete und nach Israel vom 29.3.-3.4.2009 konnte ich als eine der ersten deutschen Politikerinnen in den Gazastreifen einreisen und mir ein Bild von der katastrophalen Lage vor Ort machen. Es gibt weitreichende Zerstörung und es herrscht große Frustration und Perspektivlosigkeit unter den Menschen.

Dieser Krieg war, wie kaum ein anderer zuvor und entgegen israelischer Darstellung, auch gegen die Zivilbevölkerung im Gazastreifen gerichtet. Auch wenn der unablässige Raketenbeschuss israelischer Dörfer und Städte durch die Hamas völlig inakzeptabel ist, so darf Israel den Tod von so unverhältnismäßig zahlreichen Zivilisten nicht einfach in Kauf nehmen. Israel hat seine erklärten Kriegsziele nicht erreicht: Die Hamas ist zwar militärisch geschwächt, politisch aber eher gestärkt, so dass Präsident Abbas einen noch schwereren Stand hat. Und solange die Probleme der Grenzüberwachung und Grenzöffnung nicht gelöst werden, kann der Waffenschmuggel nicht beseitigt werden.

Auch das Wahlergebnis in Israel hat die Aussichten für den Friedensprozess leider nicht verbessert. Die rechtsgerichtete Regierung unter Premierminister Benyamin Netanjahu und Außenminister Avigor Liebermann lehnt die Zwei-Staatenlösung ab und bekennt sich nicht zu den internationalen Verträgen. Umso wichtiger ist es, dass sich die internationale Gemeinschaft in den Friedensprozess einmischet.

Ziel muss die Sicherheit der Zivilbevölkerung auf beiden Seiten sein. Dabei ist die Öffnung der Grenzen nach Gaza für die Palästinenserinnen und Palästinenser eine zentrale Voraussetzung.

Denn ohne Perspektive für den Wiederaufbau und die Verbesserung der Lebensumstände für die Bevölkerung kann es keine Besserung der Lage geben.

Am Ende einer umfassenden Friedensinitiative für die Region muss die Zweistaatenlösung stehen. Um die Perspektive für Verhandlungen zu eröffnen, muss die EU aktiv die Versöhnung zwischen Fatah und Hamas unterstützen. Der Umgang mit der Hamas ist dabei eine Schlüsselfrage. Ein anerkannter Verhandlungspartner von palästinensischer Seite ist absolut notwendig. Die Hamas muss daher in den politischen Prozess eingebunden werden.

Die USA und die EU müssen endlich wieder mehr Verantwortung für Nahost übernehmen. Mit der neuen US-Regierung ergeben sich verbesserte Rahmenbedingungen, die Anlass zur Hoffnung geben. US-Präsident Barack Obama hat zu Recht Zugeständnisse von Israelis und Palästinensern gefordert. Das ausdrückliche Beharren Obamas auf einem Siedlungsstopp an die Adresse Israels ist entscheidend für jede Wiederbelebung des Friedensprozesses. Von den Palästinensern erwartet Obama im Gegenzug alle Anstrengungen zu unternehmen, Gewalt und Hass gegen Israel zu unterbinden. Nur wenn die internationale Gemeinschaft die Konfliktparteien mit Entschlossenheit dazu bewegt, diese Anforderungen einzuhalten, gibt es Aussichten auf eine Fortsetzung des Friedensprozesses mit dem Ziel einer Zwei-Staatenlösung.

Reisebericht, Fotos, Thesenpapier und die Pressemitteilungen findet Ihr unter: www.kerstin-mueller-mdb.de

3) EU -Grenzpolitik im Mittelmeerraum

Im Rahmen einer internationalen Konferenz der HBS zum Thema „EU-Grenzpolitik im Mittelmeerraum“ habe ich im Mai mit afrikanischen ExpertInnen darüber diskutiert, wie europäische und afrikanische Staaten zusammenarbeiten können, um Lösungsansätze für die Flüchtlingskatastrophe zu finden, die sich fast täglich im Mittelmeer abspielt.

Die EU hat sich mit Beschlüssen über eine EU-Afrika-Strategie im Jahr 2005 und der gemeinsamen EU-AU-Strategie von Lissabon im Dezember 2007 zu einer gemeinsamen Partnerschaft auf gleicher Augenhöhe bekannt. Davon ist man in der Realität aber immer noch weit entfernt. Eine Politik, die weiter an der „Festung Europa“ bastelt, statt zu fairen Handelsbedingungen beizutragen, ist nicht akzeptabel. Deshalb fordern wir eine gerechte Globalisierung im Hinblick auf eine europäische Handels- und Agrarpolitik. Darüber hinaus brauchen wir eine zukunftsfähige Migrationspolitik, die vor allem die Ursachen von Flucht und Migration angeht, die in den strukturellen Entwicklungs- und Wirtschaftsproblemen Afrikas liegt. Und wir brauchen endlich eine gemeinsame europäische Einwanderungs- und menschenrechtsorientierte Flüchtlings- und Asylpolitik.

4) WANTED: Deutsche Afrika-Strategie

Über die Zukunft der deutschen Afrikapolitik habe ich auf Einladung der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) Mitte Mai 2009 in einer Expertenrunde diskutiert. Vor Vertretern der Bundesregierung, Wissenschaftlern und Vertretern der Zivilgesellschaft habe ich mich vor allem dafür ausgesprochen, dass die deutsche Afrikapolitik heute einen klaren Wegweiser braucht. Denn die Rahmenbedingungen für die Afrika-Politik haben sich stark verändert. Dies zeigt sich mit der Gründung der Afrikanischen Union (AU), dem wachsenden friedens- und sicherheitspolitischen Engagement der AU, UNO und EU (siehe Darfur oder Somalia) in Afrika oder auch mit der Verabschiedung einer gemeinsamen EU-Afrikastrategie und mit neuen und „neuen alten“ Spielern auf dem Kontinent wie China, Indien und den USA unter der Regierung Obama.

Deshalb bin ich schon seit langem der Meinung, dass Afrikapolitik endlich einen höheren Stellenwert in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik erhalten muss. Der erste Schritt dazu wäre die Ausbuchstabierung einer deutschen Afrikastrategie. Eine solche Strategie könnte die Orientierung und Zusammenarbeit aller in Deutschland Beteiligten auf Regierungsseite und

Seiten der Zivilgesellschaft verbessern. So könnte trotz begrenzter Ressourcen ein wirksamerer Menschenrechtsschutz, mehr Frieden und Sicherheit in Afrika, eine bessere Förderung effektiver demokratischer Strukturen, wirksamere Armutsbekämpfung, aber auch mehr Klimaschutz und nachhaltige Energiegewinnung in Afrika erzielt werden.

5) Peacekeeping in Afrika – eine gemeinsame Aufgabe

Auf der Fachtagung der Heinrich Böll Stiftung und der Stiftung Wissenschaft und Politik, gleichfalls im Mai 2009, habe ich zu den künftigen Herausforderungen von UNO-Friedensmissionen in Afrika gesprochen. Ich war mir mit Nur Hassan Hussein, dem ehemaligen Ministerpräsidenten der somalischen Übergangsregierung und der Kenianerin Monica Juma, Mitglied des UNO-Expertengruppe zur Zusammenarbeit von UNO und AU bei Friedensmissionen, darüber einig, dass künftige Friedensmissionen nur erfolgreich sein werden, wenn es eine enger abgestimmte Zusammenarbeit zwischen der UNO, der Afrikanischen Union und der EU gibt. Dies gilt sowohl für Friedensmissionen als auch beim politischen Tauziehen um politische Lösungen. Die Erfahrungen aus Darfur und Somalia zeigen dies. Denn trotz des Aufbaus einer afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur sind die Afrikaner heute noch nicht in der Lage aus eigener Kraft ein erfolgreiches Krisenmanagement voranzutreiben und die Menschen ausreichend zu schützen und schwerste Menschenrechtsverletzung in Afrika zu verhüten. Denn Menschenrechte sind der Schlüssel für Frieden, Stabilität und Wohlstand nicht nur in Europa, sondern auch in Afrika.

6) Sudan: Haftbefehl gegen al-Baschir

Am 4. März erließ der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) einen Haftbefehl gegen Omar al-Baschir, den Präsidenten des Sudan. Erstmals nimmt der IStGH einen amtierenden Staatschef wegen schwerster Menschenrechtsverbrechen im eigenen Land ins Visier. Baschir soll persönlich für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit wie Mord, Folter und Vergewaltigung in Darfur verantwortlich sein.

Ich habe den Haftbefehl des IStGH begrüßt. Er ist ein Meilenstein im Einsatz für Gerechtigkeit und Menschenrechte. Schon zu Zeiten der rot-grünen Regierung haben wir Grünen uns vehement für einen funktionsfähigen IStGH eingesetzt – mit Erfolg wie sich jetzt zeigt.

Der Haftbefehl gibt den Opfern in Darfur wieder Hoffnung auf Gerechtigkeit. Ohne Gerechtigkeit kann es keinen dauerhaften Frieden geben. Deshalb muss die Internationale Gemeinschaft sich jetzt für die Vollstreckung des Haftbefehls einsetzen und dem IStGH alle erforderliche Unterstützung zukommen lassen, wie es die Sicherheitsrats-Resolution 1593 verlangt.

Völlig inakzeptabel war die Reaktion Baschirs, internationale humanitäre Organisationen aus dem Land zu werfen. Die Bundesregierung und die EU müssen innerhalb der UNO erwirken, dass die sudanesishe Regierung die Ausweisung sofort zurücknimmt und den Helfern uneingeschränkten Zugang zu den hilfsbedürftigen Menschen in Darfur gewährt. Andernfalls wird es ein humanitäres Desaster von bislang unbekanntem Ausmaß geben.

7) Wahlen in Südafrika

Am 22. April 2009 fanden in Südafrika zum 4. Mal nach Ende der Apartheid demokratische Wahlen statt. Beobachter sprechen von den spannendsten Wahlen nach 1994. Grund hierfür waren die vorausgegangenen Flügelkämpfe im ANC. Im Herbst 2008 hatte der linke Flügel um Jacob Zuma den amtierenden Präsidenten Mbeki gestürzt. Als Antwort gründeten ANC-Mitglieder des Mbeki-Flügels eine neue Partei, den *Congress of the People* (COPE). Der ANC und Zuma gingen zwar erwartungsgemäß als Sieger aus der Wahl hervor. Seine Zwei-Drittel-Mehrheit büßte der ANC aber ein. Ursache hierfür war aber nicht COPE, sie erhielt nur knapp 7,5% der Stimmen, sondern die Partei *Democratic Alliance* (DA). Unter Führung der Bürgermeisterin von Kapstadt Helen Zille holte die DA, der sowohl weiße als auch schwarze

Wählerschichten angehören, über 16,5% der Wählerstimmen und erstmals den Sieg in einer Provinz, dem Western Cape.

Ich begrüße den wachsenden Parteienpluralismus in Südafrika, weil er die Demokratie weiter stärkt.

Allerdings steht Zuma jetzt erst am Anfang einer schwierigen Mission. Viel hat er den Armen versprochen, dabei aber die Mittelschicht mit seiner Wahlkampfpolemik verprellt. Zuma muss jetzt wieder vereinen, was er zuvor gespalten hat. Gelingt ihm das nicht, droht Südafrika Schauplatz gewalttätiger Verteilungskämpfe zu werden und als Stabilitätsanker der Region auszufallen.

Schon länger beobachte ich mit Sorge, dass die Menschenrechtspolitik Südafrikas sich immer weiter vom Leitbild des Anti-Apartheidkampfes und der Regenbogennation entfernt hat. Das zeigen die brutale fremdenfeindliche Gewalt 2008 gegenüber Migranten aus Simbabwe, Mosambik und Somalia und auch die wiederholte Blockadepolitik Südafrikas in der UNO etwa bei schwersten Menschenrechtsverstößen wie in Simbabwe und Sudan. Auf meine Anfrage hin teilt die Bundesregierung mit, dass sie diese Sorge zwar teile, dennoch spricht sie aber gegenüber der südafrikanischen Regierung keinen Klartext. Das muss sich ändern.

8) Sri Lanka

Nach mehr als 20 Jahren blutiger Auseinandersetzungen erklärte die Regierung Sri Lankas den Kampf gegen die LTTE Rebellen für beendet. Doch die Lage im Land bietet noch längst keinen Anlass zum Aufatmen. Vor allem die Situation von mehr als 280.000 Flüchtlingen aus dem Krisengebiet ist schockierend.

Meine Forderungen, die ich in meinem Grußwort zur Friedens-Demo am 24. April in Berlin formuliert habe, sind noch immer aktuell: Die srilankische Regierung muss die Versorgung der Menschen nach international gültigen humanitären Standards zulassen. Die Zivilisten müssen Zugang zu medizinischer Versorgung, zu Nahrungsmitteln und sauberem Wasser erhalten. Auf Initiative der Grünen wurde ein interfraktioneller Antrag formuliert, der die Bundesregierung aufruft, die humanitäre Katastrophe in Sri Lanka zu verhindern. In meiner Bundestagsrede habe ich darauf hingewiesen, dass wir nur auf einen dauerhaften Frieden hoffen können, wenn die Regierung Sri Lankas ernsthaft versucht, sich mit den Tamilen auszusöhnen. Ohne Schutz vor Diskriminierung und der Bewahrung der kulturellen Identität der Tamilen, sowie einem gewissen Maß an Autonomie wird es keinen Frieden geben.

Ein wirklicher Skandal ist, dass der UNO-Menschenrechtsrat jetzt eine Resolution verabschiedet hat, die den menschenverachtenden Umgang der Regierung mit den Flüchtlingen auch noch begrüßt. Die Resolution verschärft die ohnehin schon prekäre Situation der Menschen und schadet der Glaubwürdigkeit des UN-Menschenrechtsrats. Umso wichtiger ist es, dass die Bundesregierung und die EU jetzt energisch gegen die schweren Menschenrechtsverstöße protestieren und den Zugang für humanitäre Hilfsorganisationen durchsetzen.

9) Irak

Sechs Jahre nach dem Irakkrieg und wiederholter Wellen exzessiver Gewalt hat sich die Sicherheitslage im Irak deutlich verbessert. Jetzt geht es darum, den lahmen Staatsaufbau zu beschleunigen. Der Zeitpunkt ist günstig wie nie zuvor angesichts der neuen Politik von US-Präsident Obama. Sie kommt auch der Stabilität und Sicherheit der ganzen Region zu Gute. Die jetzige Unterstützung Deutschlands und der EU beim Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen wie mit

der neuen Ausbildungsmission EUJUST ist deshalb richtig, aber angesichts der Gesamtherausforderung noch nicht ausreichend. Deshalb habe ich Außenminister Steinmeier anlässlich seiner Irak-Reise aufgefordert, weitere Initiativen beim Staatsaufbau und der innerirakischen Versöhnung anzustoßen.

Eines meiner zentralen Anliegen ist aber das Schicksal der Millionen Irak-Flüchtlinge in der Region. Viele von ihnen können nicht in den Irak zurückkehren. Nachbarländer wie Syrien und Jordanien tragen momentan die Hauptlast, sind aber überfordert. Ein international koordiniertes Resettlement Programm ist notwendig. Flüchtlinge brauchen eine klare Perspektive und ein sicheres Bleiberecht.

Trotzdem hat die internationale Gemeinschaft nur unzureichend auf die Flüchtlingskatastrophe reagiert. Die Aufnahme von 10.000 Irakflüchtlingen in Europa ist ein erster Schritt. Mit Erfolg habe ich immer wieder gefordert – wie auch auf der Fachtagung der Heinrich Böll Stiftung in Berlin, dass die Bundesregierung irakische Flüchtlinge schnell und unbürokratisch aufnimmt. Die ersten hundert Flüchtlinge sind in Deutschland angekommen. Allerdings ist die Ankündigung von Innenminister Schäuble einmalig 2500 Flüchtlinge aufzunehmen völlig unzureichend, angesichts von mindestens 60.000 Fällen. Immer wieder energisch zurückgewiesen habe ich die Forderung von Unionspolitikern nur irakische Christen aufnehmen zu wollen. Hauptkriterium muss die Hilfsbedürftigkeit der Menschen sein.

10) Anti-Rassismus-Konferenz Durban

Mit der Entscheidung die Anti-Rassismus-Konferenz zu boykottieren, hat die Bundesregierung sich aus der internationalen Menschenrechtspolitik verabschiedet und eine gemeinsame Position der EU mit verhindert. Daran ändert auch die windelweiche Haltung der Bundesregierung nichts, sich trotz Abwesenheit an die Abschlusserklärung gebunden zu fühlen.

Die Bundesregierung hat darauf verzichtet, ihr internationales Gewicht in den Prozess einzubringen und den antisemitischen Äußerungen des iranischen Präsidenten Ahmadinedjad vor Ort entschieden entgegenzutreten wie dies bspw. der norwegische Außenminister tat. Der als Antizionismus daher kommende Antisemitismus darf von der Staatengemeinschaft unter keinen Umständen hingenommen werden – vor allem nicht auf einer Anti-Rassismus-Konferenz, die neue Brücken bauen soll. Menschenrechtspolitik war nie frei von Widersprüchen, doch gibt es keine Alternative, als sich mit diesen Widersprüchen offensiv auseinanderzusetzen.

In einer solchen Situation war die *Politik des leeren Stuhls* der Bundesregierung die völlig falsche Antwort. Stattdessen wäre die aktive Mitgestaltung das Gebot der Stunde gewesen.

11) UNESCO-Generalsekretär

Die Bewerbung des ägyptischen Kulturministers Faruk Hosni für das Amt des UNESCO-Generalsekretärs habe ich als inakzeptabel zurückgewiesen. Faruk Hosni ist in den vergangenen Jahren wiederholt durch antisemitische und israelfeindliche Äußerungen aufgefallen. Ein Mann, der zur Verbrennung von israelischen Büchern aufruft, kann und darf nicht der UNESCO vorstehen. Wir haben deshalb die Bundesregierung aufgefordert, sowohl auf die ägyptische Regierung als auch auf andere arabische Staaten einzuwirken, damit ein neuer Vorschlag unterbreitet wird.